Herrschende sorgen sich um Delegitimierung des Staates

Und wo kann das alles enden kann.

von Dagmar Henn | RT DE

[3]Im Verlauf der letzten zwei Jahre tauchte er immer wieder auf, dieser Begriff "Delegitimierung des Staates". Inzwischen gibt es einen eigenen Abschnitt im **Verfassungsschutzbericht 2021** [3] zu diesem Thema, und auch in den Äußerungen von Regierungsvertretern sind ähnliche Formulierungen nun gang und gäbe. [hier die Ausgabe **2022** [4]; H.S.]

Ganz abgesehen davon, dass ein Staat sich immer nur selbst delegitimieren kann, nämlich dadurch, dass er seine grundlegenden Aufgaben nicht erfüllt – irgendetwas verursachte dabei Unwohlsein in meinem Hinterkopf.

Betrachten wir doch noch einmal, welche Formulierungen das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV [5]) in seinem Bericht gebraucht:

> "Die Akteure dieses Phänomenbereichs zielen dabei darauf ab, wesentliche Verfassungsgrundsätze außer Geltung zu setzen oder die Funktionsfähigkeit des Staates oder seiner Einrichtungen erheblich zu beeinträchtigen.
>
> Sie machen demokratische Entscheidungsprozesse und Institutionen von Legislative, Exekutive und Judikative verächtlich, sprechen ihnen öffentlich die Legitimität ab und rufen zum Ignorieren behördlicher oder gerichtlicher Anordnungen und Entscheidungen auf.
>
> Diese Form der Delegitimierung erfolgt meist nicht durch eine unmittelbare Infragestellung der Demokratie als solche, sondern über eine ständige Agitation gegen und Verächtlichmachung von demokratisch legitimierten Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie Institutionen des Staates und ihrer Entscheidungen. Hierdurch kann das Vertrauen in das staatliche System insgesamt erschüttert und dessen Funktionsfähigkeit beeinträchtigt werden.
>
> Eine derartige Agitation steht im Widerspruch zu elementaren Verfassungsgrundsätzen wie dem Demokratieprinzip oder dem Rechtsstaatsprinzip."

Der letzte Satz ist natürlich gelogen. Denn die Ausübung der Meinungsfreiheit wie der Versammlungsfreiheit steht grundsätzlich **nicht** "im Widerspruch zu elementaren Verfassungsgrundsätzen", handelt es sich dabei doch vor allem um die Anwendung ebensolcher. Und das Rechtsstaatsprinzip besagt eben gerade **nicht**, dass staatliche Entscheidungen unantastbar sind, sondern dass sie jederzeit und immer einer parlamentarischen oder gerichtlichen Überprüfung unterworfen sein müssen.

Dass die Gerichte offenkundig derzeit an einer massiven Überprüfungsschwäche leiden, steht auf einem anderen Blatt.

Interessant ist auch die Erklärung, worauf "die Akteure" abzielen. Denn das ist eine durch nichts belegte Behauptung. Wenn jemand zum Boykott der Rundfunkbeiträge oder zum Nichtzahlen der Habeck-Umlage aufruft, ist das erst einmal genau das. Ein Aufruf, einer Anordnung nicht nachzukommen, die als unrechtmäßig angesehen wird. Das ist zunächst mitnichten gleich Bestandteil eines elaborierten Plans zum Umsturz.

Auch hier gilt wieder: es ist der Staat selbst, der als Verursacher die Voraussetzungen dafür geschaffen hat.

Nur in einer Situation, in der die gegebene Staatsmacht existentiellen Bedürfnissen der Bevölkerung gegenüber völlig unnachgiebig ist, kann eine Losung wie "Brot, Land, Frieden" eine Wirkung entfalten, wie sie dies im Jahre 1917 in Russland tat. Um eine tatsächlich vorhandene Funktionsfähigkeit zu beeinträchtigen, braucht es wesentlich mehr.

Und wie ist es mit einer nicht vorhandenen Funktionsfähigkeit? Bei der Deutschen Bahn AG beispielsweise, bei der mit Mühe noch 60 Prozent der Züge pünktlich sind? Die kann man gar nicht verächtlich machen, weil sie sich selbst verächtlich gemacht hat.

Aber da war eben irgendetwas, das im Hinterkopf störte. "Das Vertrauen in das staatliche System erschüttert [..] Verächtlichmachung von Repräsentantinnen und Repräsentanten" – diese Formulierungen kamen mir bekannt vor. Nicht einfach nur die Sichtweise, dass die staatliche Macht derart fragil sei, dass sie von etwas so Winzigem wie einer Meinungsäußerung gefährdet werden könnte. Sondern die Grundvorstellung, dass kritikloses Vertrauen in das staatliche System die einzig angebrachte Haltung sei.

Noch stehen solche Formulierungen "nur" im Verfassungsschutzbericht und nicht im Strafrecht. Und es wäre sehr

angebracht, wenn sich die Verantwortlichen genau damit befassen, in welche Nähe sie sich begeben, sollten sie beabsichtigen, auch diesen Schritt noch zu vollziehen.

Die Häufigkeit, mit der solche Vorwürfe der "Delegitimierung" gebraucht werden, und die schrittweise auch juristische Verengung des Meinungskorridors (mit Verboten des Buchstabens "Z" und Strafverfahren wegen Meinungsäußerungen im Internet) ist allerdings bereits ein erkennbarer Schritt in diese Richtung. Nein, man sollte sich nicht einmal rhetorisch in diese Nähe begeben, auch nicht mit amtlichen Schriftstücken wie dem Verfassungsschutzbericht.

DELE GI TI MIER U N G

Das Folgende sind Zitate [6] aus dem "Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen" vom 20. Dezember 1934 (Hervorhebungen von D.H.):

> "Artikel 1. § 1. (1) Wer vorsätzlich eine unwahre oder gröblich entstellte Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, die geeignet ist, das Wohl des Reichs oder das Ansehen der Reichsregierung oder das der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei oder ihrer Gliederungen schwer zu schädigen, wird, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und, wenn er die Behauptung öffentlich aufstellt oder verbreitet, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft."

Die aktuellen Wortmarken für Begriffe wie "unwahre oder gröblich entstellte Behauptung tatsächlicher Art" lauten heute wohl "Fake News" oder "Desinformation". Und genau wie im zitierten Paragrafen gibt es dabei eine Unschärfe, und die Festlegung der Wahrheit liegt bei den staatlichen (oder staatlich beauftragten und finanzierten) Stellen. Aber es ist immerhin noch keine Straftat, Aussagen zu tätigen, die nach Meinung dieser Stellen unwahr sind.

Jetzt die Passage, die im Hinterkopf Unwohlsein auslöste:

> "§ 2. (1) Wer öffentlich gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates oder der NSDAP, über ihre Anordnungen oder die von ihnen geschaffenen Einrichtungen macht, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben, wird mit Gefängnis bestraft.
>
> (2) Den öffentlichen Äußerungen stehen nicht-öffentliche böswillige Äußerungen gleich, wenn der Täter damit rechnet oder damit rechnen muß, daß die Äußerung in die Öffentlichkeit dringen werde."

"Äußerungen, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben", … "ständige Agitation gegen und Verächtlichmachung von demokratisch legitimierten Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie Institutionen des Staates", die "das Vertrauen in das staatliche System insgesamt erschüttert" – liest sich das alles nur für mich wie aus derselben Feder stammend? Wie eine Wiederholung eines überwunden geglaubten Leitmotivs – nur mit einer kleinen Variation?

Es mag ja sein, dass die augenblicklich in Deutschland verantwortlichen Politiker den Text eines obskuren Nazigesetzes aus dem Jahr 1934 tatsächlich nicht (mehr) kennen. Es ist auch eher Zufall, dass ich selbst es irgendwann einmal gelesen habe. Aber das reichte, damit da dieses Jucken am Hinterkopf blieb.

Im Verfassungsschutzbericht wird über "demokratische Entscheidungsprozesse" und die "demokratisch legitimierten Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie Institutionen des Staates und ihrer Entscheidungen" geschrieben. Das ist selbstverständlich gemogelt, denn das Demokratische an einer Legitimation ist ihre Begrenztheit und ihre Widerrufbarkeit. Eine Selbstpreisgabe eines Parlaments, wie sie unlängst erst im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes geschah, ist in ihrer demokratischen Legitimität äußerst fraglich; das gilt in allen Grenzsituationen, die weit über das hinausgehen, was zum Zeitpunkt der Wahl zur Debatte stand, also dem Bürger als Grundlage der Wahlentscheidung dienen konnte.

Die Wahl im Herbst 2021 war eben keine unter der Überschrift "Wollt ihr frieren?" – und auch öffentlicher Unmut bis zur Erzwingung von Neuwahlen ist legitimer Teil einer demokratischen Verfasstheit. Wenn das die deutschen Vertreter nicht glauben wollen, können sie sich gerne über die französische oder die italienische Geschichte informieren.

Die Institutionen des Staates sind übrigens nicht automatisch demokratisch legitimiert, nur weil das Gremium das war, welches über deren Einrichtung entschieden hatte. Ganz zu schweigen davon, dass andernfalls damit auch noch die Entscheidungen dieser Institutionen gleich sämtlich mitlegitimiert werden würden.

Es ist unübersehbar, dass die Vorstellung, was "demokratisch" ist, in den Köpfen schrittweise verzwergt. Protest auf der Straße gilt mittlerweile, so zumindest jüngst in einer Darstellung der Tagesschau, nicht mehr als demokratisch, höchstens noch kleine "Diskussionsrunden" halbamtlicher Art, etwa so wie Beiräte. Damit ist das Stückchen Demokratie, das beim Souverän verbleibt, tatsächlich bis auf das Kreuzchen auf dem Zettel geschrumpft, und danach habe der eigentliche Souverän dann blind zu vertrauen.

Gleichzeitig zeigen solche Aussagen diesem Souverän gegenüber ein tiefes Misstrauen, das schon kein Volk mehr kennt, sondern nur noch den Pöbel. So, wie dann der vorübergehende Auftrag der Interessensvertretung, der Abgeordneten erteilt wird, als Ermächtigung gesehen wird, ohne Begrenzung Herrschaft auszuüben.

Der Vorteil einer demokratischen Verfassung aber liegt darin, durch Rückholbarkeit eine gewisse Fehlerbegrenzung zu erzielen. Es ist genau die Möglichkeit öffentlichen Unmuts, die Tatsache, dass der Souverän auch direkt politische Forderungen stellen kann, die diese Rückholbarkeit garantiert. Wer aktives Handeln des Souveräns nur unter dem Gesichtspunkt von "Delegitimierung" wahrzunehmen bereit ist, hat offenbar das Gespür dafür verloren, was demokratische Prozesse eigentlich sind.

Noch besteht die Möglichkeit, auf das demokratische Spielfeld zurückzukehren und wahrzunehmen, dass sich vielleicht in dem Unmut über steigende Energiekosten, über die angekündigte Verelendung der Souverän artikuliert. Und die Möglichkeit, eine demokratische Demut wieder zu erlernen, die darin besteht, anzuerkennen, wenn der Souverän Entscheidungen nicht mitträgt oder sie gar ablehnt.

Noch ist nicht die ganze Strecke bis zu jenem Gesetz aus dem Jahr 1934 zurückgelegt.

Es ließe sich ganz leicht erkennen, sollten die demokratisch legitimierten Repräsentantinnen und Repräsentanten sehen, auf welchen Weg sie sich begeben haben. Das Gerede über Delegitimation würde aufhören – so, wie die vorab getätigten Bewertungen von Protesten, die noch gar nicht begonnen haben. Die stetige Verengung des geduldeten Meinungskorridors würde sich umkehren können. Dann wäre die deutsche Demokratie noch zu retten.

Andernfalls aber würde sie genau da enden: bei den Paragrafen des "Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei ..."

Dagmar Henn

»Sind Sie bereit, für unser aller Freiheit einzutreten?
Sind Sie bereit, dafür auch Opfer zu bringen?
Dann starten Sie Ihren Anteil an der Verteidigung jetzt.
Es ist nicht mehr viel Zeit.« (Egon W. Kreutzer)

♦♦♦

»Nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter,
als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden
und laut zu sagen: **NEIN!**« (Kurt Tucholsky)

♦♦♦

»Die im Grundgesetz Art. 5 (1) garantierte Meinungsfreiheit auf dem Scheiterhaufen:
Früher wurden Ketzer für den "wahren Glauben" verbrannt,
heute werden Nonkonformisten gesellschaftlich wie sozial angeprangert, ausgegrenzt
& vernichtet sowie durch eine Erfüllungsjustiz regimetreuer, weisungsgebundener
Staatsanwälte kriminalisiert & und einer Gesinnungsrechtsprechung abgeurteilt.
Was für ein leuchtendes Vorbild für die Welt vom besten Deutschland,
das es jemals gegeben hat.« (Helmut Schnug)

► **Quelle:** Der Artikel von Dagmar Henn wurde am 12 August 2022 erstveröffentlicht auf deutsch.rt.com >>**Artikel** [7]. Bestimmungen zur Verwendung: Die Autonome Non-Profit-Organisation (ANO) „TV-Nowosti“, oder deutsch.rt.com, besitzt alle Rechte auf die geistige, technische und bildliche Verwendung der auf der Webseite veröffentlichten Inhalte.

Alle Inhalte, die auf der Webseite zu finden sind, werden – wenn nicht anders angegeben – als öffentliche Informationen zur Verfügung gestellt und dürfen zu Non-Profit-, Informations-, Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturzwecken frei weiterverbreitet oder kopiert werden. Jede kommerzielle Verwendung der Inhalte ohne schriftliche Genehmigung des Urheberrechtseigentümers ist untersagt. Die Verwendung aller auf der Webseite veröffentlichten Inhalte einschließlich deren Zitierens sind nur mit einem Verweis auf die Quelle und mit dem entsprechenden Link möglich. Alle unbefugten Versuche, die von der Webseite stammenden oder zitierten Inhalte abzuändern, sind streng untersagt.

ACHTUNG: Die Bilder, Grafiken, Illustrationen und Karikaturen sind nicht Bestandteil der Originalveröffentlichung und wurden von KN-ADMIN Helmut Schnug eingefügt. Für sie gelten folgende Kriterien oder Lizenzen, siehe weiter unten. Grünfärbung von Zitaten im Artikel und einige zusätzliche Verlinkungen wurden ebenfalls von H.S. als Anreicherung gesetzt, ebenso die Komposition der Haupt- und Unterüberschrift(en) geändert.

Frieden gibt es nur MIT Russland und NICHT GEGEN Russland!

Liebe Leser (m/w/d),

die Dienste von *RT* sind im Netz derzeit ständigen Angriffen ausgesetzt. Ziel ist, die Seiten zu blockieren und uns als alternative Informationsquelle zum Schweigen zu bringen. Wir arbeiten weiter unermüdlich daran, den (technischen) Zugang zu unseren Artikeln zu ermöglichen, um Ihnen Sichtweisen jenseits des Mainstreams anzubieten.

Über die jeweils aktuellen Wege zu uns halten wir Sie gern per E-Mail über unseren Newsletter auf dem Laufenden. Dafür können Sie sich oben rechts auf unserer Homepage eintragen. Alle Dienste sollten auch problemlos über den Tor-Browser [8] erreichbar sein. Im Moment erreichen Sie aber auch ohne diesen Browser für anonymes Surfen *RT DE* wie folgt:

► **Um die Sperre zu umgehen, können Sie grundsätzlich Folgendes verwenden**

1) DNS-Sperren umgehen (Anleitung weiter unten)
2) VPN
3) Tor-Browser
4) die folgenden Mirrors
{beliebiges Präfix}.rtde.live [9]) , wie z.B. {beliebiges Präfix}.rtde.tech [10]), oder z.B. alleswirdgut.rtde.tech [10] .

RT DEUTSCH kann man über diese alternativen Links weiterhin lesen, OHNE das man etwas installieren muß:

https://test.rtde.tech

https://meinungsfreiheit.rtde.life

https://pressefreiheit.rtde.tech

https://gegenzensur.rtde.world

https://fromrussiawithlove.rtde.world

https://freeassange.rtde.me

https://test.rtde.live

https://test.rtde.website

https://rtde.site

https://rtde.xyz

https://rtde.team

Es ist ebenfalls möglich, die DNS-Sperren in ihrem Browser ohne VPN zu umgehen.

► **In Chrome sind hierzu folgende Schritte notwendig:**

1. Öffnen Sie Ihren Chrome-Browser.

2. Gehen Sie zu Einstellungen > Datenschutz und Sicherheit > Sicherheit.

3. Scrollen Sie nach unten, bis Sie den Abschnitt 'Erweitert' finden.

4. Darunter finden Sie 'Sichere DNS verwenden'.

5. Standardmäßig ist diese Option auf "Mit Ihrem aktuellen Dienstanbieter" eingestellt.

6. Klicken Sie auf die Option "Mit" darunter.

7. Im Menü darunter finden Sie eine Liste der verfügbaren DNS, wählen Sie Cloudfare (1.1.1.1) bzw. Cloudfare (default) aus.

► **In Firefox können sie die DNS auf ähnliche Weise ändern:**

1. Öffnen Sie Ihren Firefox-Browser und wählen Sie 'Einstellungen'.

2. Führen Sie im daraufhin geöffneten Dialogfeld einen Bildlauf nach unten zu 'DNS über HTTPS aktivieren' durch.

3. Klicken Sie unter 'DNS über HTTPS aktivieren' auf die Dropdown-Liste 'Anbieter verwenden', um den Anbieter Cloudfare (default) auszuwählen.

4. Klicken Sie auf OK, um Ihre Änderungen zu speichern und das Fenster zu schließen.

► **In Opera gehen Sie wie folgt vor:**

1. Klicken Sie auf das Opera-Symbol, um das Menü des Browsers zu öffnen.

2. Wählen Sie Einstellungen aus dem Menü. Wenn Sie Alt + P drücken, werden die Einstellungen direkt geöffnet.

3. Klicken Sie in den Einstellungen auf der linken Seite auf Erweitert > Browser.

4. Scrollen Sie auf der rechten Seite nach unten zum Abschnitt 'System'.

5. Aktivieren Sie die Option 'DNS-over-HTTPS' anstelle der 'DNS-Einstellungen des Systems'.

6. Wählen Sie den Anbieter Cloudfare (default) aus.

Einige Schritte lassen sich auch abkürzen, wenn Sie in der Suchfunktion Ihrer Browsereinstellungen nach 'DNS' suchen und den Anbieter wie oben beschrieben ändern.

Bleiben Sie *RT DE* gewogen!

► Bild- und Grafikquellen:

1 . D e r **Verfassungsschutzbericht 2021** ist am 7. Juni 2022 von Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Bundesverfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Der Verfassungsschutzbericht informiert über Art und Umfang verfassungsfeindlicher Entwicklungen, über Organisationen und Gruppierungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten sowie über Spionageaktivitäten gegen Deutschland und Proliferation. Die einzelnen Ereignisse werden analytisch eingeordnet und ideologisch und strategisch bewertet, insbesondere in den Kapiteln „Entwicklungstendenzen„ und „Gefährdungspotenzial“. Für das Jahr 2021 wurden insgesamt 33.476 politisch motivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund ausgewiesen (2020: 32.924). Davon waren 2.994 (2020: 2.707) Gewalttaten. **Text:** BfV. **Bildquelle:** https://www.verfassungsschutz.de/ >> Cover des Berichtes [11]. (Michael vom Hagen).

2. MEINUNGSFREIHEIT: An das nette Märchen von der Meinungsfreiheit, im Artikel 5 [12] des Grundgesetzes garantiert, glauben immer weniger Menschen. **Foto**: Stefan Gara. **Quelle**: Flickr [13]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung 2.0 Generic (CC BY-NC-ND 2.0 [14]).

3. Politischer Maulkorb, Maulkorb verpassen, Massenkonditionierung, Konformitätsdruck, Systemkonformismus und Repression gegenüber Andersdenkenden. Die Ausübung der Meinungsfreiheit wie der Versammlungsfreiheit steht grundsätzlich **nicht** im Widerspruch zu elementaren Verfassungsgrundsätzen, handelt es sich dabei doch vor allem um die Anwendung ebensolcher. **Karikatur:** Andrey Petrenko, Kiev/Ukraine >> PETRENKO.UK >> Karikatur [15]. Kontakt: innenukr@gmail.com

4. Gewaltfreier Widerstand: Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.**Bildbearbeitung:** Wilfried Kahrs (WiKa).

5. Nonkonformismus: Hegst Du nonkonformistische Gedanken? Dann mal besser Klappe halten!**Karikatur:** Pommes Leibowitz. **Quelle:** Flickr. (nicht mehr verfügbar). Kein Urheberrechtsschutz. Dieses Werk wurde als frei von bekannten urheberrechtlichen Einschränkungen identifiziert, einschließlich aller verwandten Schutzrechte.

6. Überflüssig und teuer: Verfassungsschutz abschaffen! Der Verfassungsschutz war eine Nazi-Gründung in der jungen Bundesrepublik. Der braune Haufen wurde nie ausgemistet. Bis heute stinkt er zum Himmel. Dort werden immer noch jene V-Leute gepflegt, die dem rechten Terror Informationen, Struktur und Geld beschaffen. Wer den NSU-Prozess beobachtete, konnte feststellen, was und wen diese Behörde schützt: Die Hintermänner des braunen Terrors. **Foto:** HU Kampa. **Quelle:** Flickr [16]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung-Nicht kommerziell 2.0 Generic CC BY-NC 2.0 [17]).

Anhang	Größe
Verfassungsschutzbericht 2024 des BMI - 10 Juni 2025 [18]	4.08 MB
Verfassungsschutzbericht 2022 des BMI - Juni 2023 [19]	6.38 MB
Verfassungsschutzbericht 2021 des BMI - 7. Juni 2022 [20]	5.21 MB

Quell-URL: https://kritisches-netzwerk.de/forum/herrschende-sorgen-sich-um-delegitimierung-des-staates

Links

[1] https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/9923%23comment-form
[2] https://kritisches-netzwerk.de/forum/herrschende-sorgen-sich-um-delegitimierung-des-staates
[3] https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/verfassungsschutzbericht_2021_des_bmi_-_7_juni_2022.pdf
[4] https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/verfassungsschutzbericht_2022_des_bmi_-_juni_2023_0.pdf
[5] https://www.verfassungsschutz.de/DE/home/home_node.html
[6] http://www.verfassungen.de/de33-45/partei34.htm
[7] https://fromrussiawithlove.rtde.world/meinung/145986-wie-sich-herrschenden-um-delegitimierung/
[8] https://www.torproject.org/de/download/
[9] https://rtde.live/
[10] https://rtde.tech/
[11] https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2022-06-07-verfassungsschutzbericht-2021.html
[12] https://dejure.org/gesetze/GG/5.html
[13] https://www.flickr.com/photos/gara/66743104/
[14] https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/deed.de
[15] http://petrenko.uk/2020/05/03/covid-%d0%bf%d0%be%d1%80%d1%8f%d0%b4%d0%be%d0%ba/
[16] https://www.flickr.com/photos/116571018@N03/13123625514/
[17] https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/deed.de
[18] https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/verfassungsschutzbericht_2024_des_bmi_-_10_juni_2025_1.pdf
[19] https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/verfassungsschutzbericht_2022_des_bmi_-_juni_2023.pdf
[20] https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/verfassungsschutzbericht_2021_des_bmi_-_7_juni_2022_0.pdf
[21] https://kritisches-netzwerk.de/tags/andersdenkende
[22] https://kritisches-netzwerk.de/tags/bundesamt-fur-verfassungsschutz
[23] https://kritisches-netzwerk.de/tags/burgerrechte
[24] https://kritisches-netzwerk.de/tags/dagmar-henn
[25] https://kritisches-netzwerk.de/tags/delegitimierung-des-staates
[26] https://kritisches-netzwerk.de/tags/deutungshoheit
[27] https://kritisches-netzwerk.de/tags/deutungsmacht
[28] https://kritisches-netzwerk.de/tags/deutungsnarrativ
[29] https://kritisches-netzwerk.de/tags/deutungsrahmen
[30] https://kritisches-netzwerk.de/tags/entdemokratisierung
[31] https://kritisches-netzwerk.de/tags/exekutive
[32] https://kritisches-netzwerk.de/tags/funktionsfahigkeit-des-staates
[33] https://kritisches-netzwerk.de/tags/gatekeeper
[34] https://kritisches-netzwerk.de/tags/judikative
[35] https://kritisches-netzwerk.de/tags/legislative
[36] https://kritisches-netzwerk.de/tags/legitimitat
[37] https://kritisches-netzwerk.de/tags/legitimation
[38] https://kritisches-netzwerk.de/tags/meinungsausserungen
[39] https://kritisches-netzwerk.de/tags/meinungsfreiheit
[40] https://kritisches-netzwerk.de/tags/meinungskorridor
[41] https://kritisches-netzwerk.de/tags/nancy-faeser
[42] https://kritisches-netzwerk.de/tags/nonkonformismus
[43] https://kritisches-netzwerk.de/tags/politischer-maulkorb
[44] https://kritisches-netzwerk.de/tags/politversagen
[45] https://kritisches-netzwerk.de/tags/pseudodemokratie
[46] https://kritisches-netzwerk.de/tags/rechtsstaatsprinzip
[47] https://kritisches-netzwerk.de/tags/scheindemokratie
[48] https://kritisches-netzwerk.de/tags/selbstdelegitimierung
[49] https://kritisches-netzwerk.de/tags/thomas-haldenwang
[50] https://kritisches-netzwerk.de/tags/totalitarismus
[51] https://kritisches-netzwerk.de/tags/totengraber-der-demokratie
[52] https://kritisches-netzwerk.de/tags/verachtlichmachung
[53] https://kritisches-netzwerk.de/tags/verfassungsgrundsatze
[54] https://kritisches-netzwerk.de/tags/verfassungsschutzbericht
[55] https://kritisches-netzwerk.de/tags/versammlungsfreiheit
[56] https://kritisches-netzwerk.de/tags/widerstand